



Regierungsratsbeschluss vom 03. Februar 2026

Nationalrat; Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit; 21.453 n Pa Iv. Hurni. Keine überhöhten Entschädigungen für die leitenden Organe von Krankenkassen zulasten der Versicherten; Vernehmlassung

P251744

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N).

Begründung

Die von der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats zur Vernehmlassung vorgelegte Vorlage zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative Hurni «Keine überhöhten Entschädigungen für die leitenden Organe von Krankenkassen zulasten der Versicherten» (21.453) sieht eine Änderung des Krankenversicherungsaufsichtsgesetzes vor. Gemäss dieser legt der Bundesrat unter Berücksichtigung des Versichertenbestandes und der durchschnittlichen Gesamtkosten pro versicherte Person eine Entschädigungsobergrenze für die Mitglieder der leitenden Organe der Versicherer gemäss Krankenversicherungsgesetz fest, die sich an den Maximallöhnen für das Bundespersonal orientiert. Der Regierungsrat hat mit Blick auf die Transparenz, die Wirtschaftlichkeit und die Zweckbindung der Prämienmittel Verständnis für das Anliegen. Er begrüsst die vorgesehenen erweiterten Transparenzpflichten, bei der Festlegung von Entschädigungsobergrenzen befürwortet er jedoch eine zurückhaltendere Regelung.

